



PSI TÄTIGKEITSBERICHT 2012-2017

Zur Vorlage an den Kongress

AUGUST 2017



30. PSI-Weltkongress
30. Oktober bis 3. November 2017
Genf, Schweiz

„Der schwierige internationale Kontext der letzten fünf Jahre hat uns vor große Herausforderungen gestellt, uns aber auch große Chancen eröffnet, denn wir haben uns organisiert und mobilisiert und hinsichtlich der Umsetzung unserer einzigartigen Vision Führungskraft bewiesen...
Seit 2013 konnten wir in allen Schwerpunktbereichen Erfolge erzielen und für unsere Mitgliedsorganisationen und ihre Mitglieder tatsächlich spürbare und praktische Veränderungen erreichen.“

- **PSI-Tätigkeitsbericht**

**Internationale der Öffentlichen Dienste
2017**

Text abgeschlossen am 28. August 2017



Public Services International
Internationale des Services Publics
Internacional de Servicios Públicos
Internationale der Öffentlichen Dienste
Internationell Facklig Organisation för Offentliga Tjänster
國際公務勞運

PSI-TÄTIGKEITSBERICHT 2012-2017

BERICHT AN DEN KONGRESS

Im November 2012 billigte der 29. Weltkongress der PSI ein umfassendes Aktionsprogramm, das unsere politische Position für die Mandatsperiode 2013-2017 in großen Zügen skizzierte. Für die Umsetzung dieses Programms verfasste das Sekretariat im Februar 2013 ein vorläufiges Strategiepapier mit dem Titel *Arbeiten für die Alternative: Die Umsetzung des PSI-Mandats*, das in den Regionen diskutiert und vom anschließenden Vorstand gebilligt wurde.

Arbeiten für die Alternative nannte vier politische Prioritätsbereiche: Privatisierung bekämpfen, Gewerkschaftsrechte voranbringen, die globale Politik beeinflussen und Organisierung und Wachstum, sowie eine Rückbesinnung auf die Gleichstellung und Genderfragen und ihr Mainstreaming. Ebenfalls im Vordergrund stand die Notwendigkeit, die internen Finanz- und Führungsstrukturen zu stärken.

Seit 2013 konnten wir in allen Schwerpunktbereichen Erfolge erzielen und für unsere Mitgliedsorganisationen und ihre Mitglieder tatsächlich spürbare und praktische Veränderungen erreichen. In den Jahresberichten, die auf der PSI-Website zur Verfügung stehen, sind die jährlichen Aktivitäten im Detail beschrieben. Das Aktionsprogramm 2018-2022, das dem 30. Weltkongress der PSI im Oktober 2017 in Genf vorgelegt wird, baut auf dieser Arbeit auf.

Der schwierige internationale Kontext der letzten fünf Jahre hat uns vor große Herausforderungen gestellt, uns aber auch große Chancen eröffnet, denn wir haben uns organisiert und mobilisiert und hinsichtlich der Umsetzung unserer einzigartigen Vision Führungskraft bewiesen. Wie wir 2013 voraussahen, ist das Bewusstsein der arbeitenden Menschen dafür, dass das gegenwärtige System nicht in ihrem Interesse funktioniert, gestiegen und damit auch ihr Zorn, dass ihre Stimme nicht gehört wird. Diesen Zorn für positive Veränderungen zu nutzen, war und ist bis heute unsere wichtigste Aufgabe. Gelingt uns das nicht, riskieren wir, dass diese ArbeitnehmerInnen zynisch und desinteressiert werden – oder schlimmer noch, sich der extremen Rechten anschließen und von ihr radikalisiert werden.

Da sich die PSI innerhalb der Gewerkschaftsbewegung in der einzigartigen Position befindet, außerhalb des Bildungssektors der einzige globale Gewerkschaftsverband zu

sein, der sich ausschließlich auf die öffentlichen Dienste konzentriert, gibt es viele Bereiche, in denen wir die globale Gewerkschaftsbewegung anführen müssen. Wir haben unsere Tätigkeiten auf globaler, regionaler und lokaler Ebene ausgeweitet, indem wir einen größeren Schwerpunkt auf die Sektoren legten und so die Vernetzung der Mitgliedsorganisationen vorangetrieben und gestärkt haben und Koalitionen mit Gewerkschaften im Privatsektor, mit der Zivilgesellschaft, mit Akademikern und anderen Bündnispartnern eingegangen sind. Wir haben in die Forschung investiert, um unsere Position genauer zu definieren und zu untermauern, wir haben Kampagnen lanciert und koordinierte globale Strategien entwickelt. Indem wir die von uns genutzten Medien ausgebaut und entsprechende Werkzeuge produziert haben, haben wir maßgeblich in unsere Kommunikationsarbeit und in die Verbesserung unseres Ansehens und unserer Sichtbarkeit investiert. Wir haben unsere Projektarbeit wiederaufgebaut, unsere Unterstützungskapazität für Solidaritätsaktionen gesteigert und unsere politischen Prioritäten noch mehr in unsere Projektarbeit einfließen lassen.

Wir haben unsere Arbeit im Gesundheitssektor¹ und Kommunalbereich² gestärkt und das Netzwerk im Bildungsassistenz-, Medien- und Kultursektor³ ins Leben gerufen. Zu den thematischen Bereichen wie Privatisierung, Steuer, Handel und Gleichstellung (Geschlecht, Behinderung und LGBTQI) haben wir unsere Arbeit stark ausgeweitet, sie in unsere sektorale Arbeit eingebettet und an die regionalen Prioritäten und Bedürfnisse sowie an jene der Mitgliedsorganisationen angepasst.

Insbesondere haben wir uns intensiver in eine ganze Reihe zwischenstaatlicher Gremien eingebracht, so etwa im Rahmen der Agenda 2030, der UNCSW (UN-Kommission für die Stellung der Frauen), der OECD BEPS Tax Agenda (*BEPS - Base Erosion and Profit Shifting: Aushöhlung der Steuerbemessungsgrundlage und Gewinnverschiebung*), der WTO-Ministertagungen, COP21, Habitat III⁴, der UNCTAD (UN-Kommission für Handel und Entwicklung) und dem GFMD (Globales Forum für Migration und Entwicklung). Ferner nahmen wir Einfluss auf die Verhandlungen der globalen Handelsabkommen TiSA, TPP, TTIP, CETA und zuletzt RCEP⁵. Wir haben die internationalen Finanzinstitutionen und die OECD in die Kernthemen wie sektorale Politik und Privatisierung eingebunden, dabei eng mit anderen Gewerkschaften zusammengearbeitet und manchmal auch gegensätzliche Ansichten innerhalb der Gewerkschaftsbewegung infrage gestellt.

Damit wir Einfluss auf die globale Politik nehmen und für unsere Mitgliedsorganisationen und ihre Mitglieder echte Veränderungen herbeiführen können, müssen wir unsere Macht weiter ausbauen und organisatorisch wachsen. Auch wenn es uns gelungen ist, unsere politischen Aktivitäten erheblich auszuweiten und gleichzeitig unsere finanzielle und organisatorische Grundlage zu stabilisieren und zu konsolidieren – Details dazu finden sich im Finanzbericht an den Kongress – schlug sich die gestiegene Aktivität und Profilierung im Laufe der Kongressperiode nicht im gleichen Maße im Wachstum unserer Mitgliedschaft nieder. Im nächsten Kongressmandat müssen das

¹ <http://www.world-psi.org/en/issue/health-and-social-care-services>

² PSI gründete das LRG/Municipal Workers' Network, dessen Charter den politischen Rahmen stellt, mit dem der Boden für globale, von den Mitgliedern getroffene Maßnahmen und gemeinsame Initiativen bereitet wird. http://www.world-psi.org/sites/default/files/documents/research/en_lrg-municipal_charter_updated.pdf.

³ <http://www.world-psi.org/en/issue/education-support-and-cultural-workers>

⁴ http://www.world-psi.org/sites/default/files/documents/research/10points_en.pdf

⁵ Regional Comprehensive Economic Partnership, Freihandelsabkommen, das zwischen den Mitgliedstaaten des ASEAN und den Staaten, mit denen der ASEAN bereits ein Freihandelsabkommen abgeschlossen hat (Australien, China, Indien, Japan, Südkorea und Neuseeland)

Sekretariat, der Vorstand, die Regionen und die Mitgliedsorganisationen diesbezüglich mehr tun. Gewerkschaften werden nicht stärker, indem sie kleiner werden.

EINFLUSSNAHME AUF DIE GLOBALE POLITIK

In den vergangenen fünf Jahren hat die PSI durch ihre Arbeit und Einflussnahme bei einer Reihe von zwischenstaatlichen Organisationen an Anerkennung gewonnen, so etwa bei der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO)⁶ und der Weltgesundheitsorganisation (WHO)⁷; der Grund dafür waren unsere detaillierten und erstklassigen Forschungsarbeiten und die Vertretung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in enger Zusammenarbeit mit unseren Mitgliedsorganisationen.

Die PSI hat ihre Teilnahme an der Internationalen Arbeitskonferenz (ILC) ausgeweitet. Während wir 2013 noch hauptsächlich im Ausschuss für die Anwendung der Normen vertreten waren, waren wir auf der ILC im Juni 2017 bei allen relevanten Debatten vertreten und trugen maßgeblich zu den Positionen der Arbeitnehmergruppe bei. Bei den globalen politischen Debatten u.a. über die Migration der Arbeitskräfte, die globalen Lieferketten⁸, die grundlegenden Prinzipien und Rechte am Arbeitsplatz, den Übergang von Krieg zu Frieden und Gewalt am Arbeitsplatz vertrat die PSI die Beschäftigten im öffentlichen Dienst mit einer starken Stimme.

Ferner konnten wir gemeinsam mit den PSI-Mitgliedsverbänden progressive dreigliedrige Schlussfolgerungen zu Kollektivverhandlungen im öffentlichen Sektor und zur Beschäftigung im Gesundheitswesen durchsetzen und die Annahme eines ISO-Standards für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz verhindern⁹.

Die Gewerkschaften trugen durch ihr Eintreten für ethische Anwerbungsverfahren und die Einhaltung von UN- und IAO-Normen zur Reform der Leiharbeitsindustrie bei. Unter aktiver Einbindung der PSI verabschiedete die IAO die Grundsätze und Leitlinien für faire Anwerbung, die in den internationalen Normen und Arbeitsnormen verankert sind. Diese Grundsätze und Leitlinien beinhalten ein bahnbrechendes Prinzip, wonach „Arbeitskräften oder Arbeitssuchenden keine Anwerbungsgebühren oder damit zusammenhängende Kosten in Rechnung gestellt oder sonst wie aufgebürdet werden sollten.“

Die Mitarbeit der PSI bei der hochrangigen Kommission der Vereinten Nationen für Beschäftigung im Gesundheitswesen und Wirtschaftswachstum zeigte, dass globale Gewerkschaften des öffentlichen Sektors erfolgreich für die wichtige Rolle eines öffentlichen Gesundheitswesens und die Notwendigkeit für eine adäquate öffentliche Finanzierung eintreten können und zugleich die Interessen der Beschäftigten im Gesundheitswesen wie auch das Menschenrecht auf Gesundheit verteidigen können¹⁰. Die PSI

⁶ Zum Beispiel die Teilnahme an den Verhandlungen für die IAO-Empfehlung Nr. 71, wobei der ursprüngliche Übergang von Krieg zu Frieden aus dem Jahr 1944 im Sinne der gegenwärtigen Empfehlung zu Beschäftigung und menschenwürdiger Arbeit für Frieden und Widerstandsfähigkeit revidiert wurde, und die sich nun auf die grundlegende Rolle der öffentlichen Dienste und der Ersthelfer und Beschäftigten an vorderster Front bezieht.

⁷ PSI saß in zwei WHO-Ausschüssen für die Entwicklung von Richtlinien (über den Einsatz von sicheren Spritzen und die Beschäftigten im kommunalen Gesundheitswesen) und überprüfte die Globale Strategie der Vereinten Nationen für die Gesundheit von Frauen, Kindern und Jugendlichen.

⁸ http://www.world-psi.org/sites/default/files/attachment/news/en_it2.19_psi_position_on_global_supply_chains_revised_o.pdf

⁹ <http://www.world-psi.org/en/no-privatization-occupational-health-and-safety>

¹⁰ <http://www.world-psi.org/en/final-report-expert-group-high-level-commission-health-employment-and-economic-growth>

spielte eine Schlüsselrolle bei der Gestaltung des WHO-Fünfjahresplans *Working for Health* (2017-2022).

2012 starteten die UNO-Mitgliedstaaten auf der Rio+20-Konferenz einen Prozess, der die Festlegung nachhaltiger Entwicklungsziele (*Sustainable Development Goals* - SDGs) zum Ziel hatte. Er baute auf den Millennium-Entwicklungszielen auf und beinhaltet eine Finanzierung für Entwicklung (*Financing for Development* - FfD) und Klimawandel. Die von der PSI und der Gewerkschaftsbewegung in diesen Prozess eingebrachten Zielsetzungen – Festanstellung, produktive Beschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle, universeller sozialer Schutz, das Menschenrecht auf Wasser und sanitäre Einrichtungen, eine universelle, hochwertige kostenlose Bildung, Gesundheitsversorgung für alle, Gleichstellung der Geschlechter und Verringerung der Ungleichheit der Einkommen – sind in die Abschlusserklärung eingeflossen und spiegeln sich in den SDGs und ihren Zielen wieder.

Die PSI erkannte die Notwendigkeit einer Einflussnahme auf die G20 und das OECD-Verfahren für eine Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung, das unter der Projektbezeichnung BEPS läuft (*Base Erosion and Profit Shifting* bzw. Aushöhlung der Steuerbemessungsgrundlage und Gewinnverschiebung). Gemeinsam mit unseren Bündnispartnern gründeten wir die Gruppe *BEPS Monitoring*, die das technische Verfahren genau überwacht und erstklassige Informationen für die Mitgliedsverbände und die Unabhängige Kommission für die Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung (ICRICT) erstellt. Sie hat mit glaubwürdigen Alternativen, wie der Steuerflucht durch die Unternehmen ein Ende bereitet werden kann, die Aufmerksamkeit der globalen Medien auf sich gezogen¹¹. Unsere Arbeit zu BEPS hat u.a. dazu beigetragen, eine echte Veränderung in der globalen Fiskalarchitektur zu bewirken und die Steuerhinterziehung zu erschweren. Dazu gehören die Einführung eines automatischen Informationsaustauschs und länderbezogener Berichterstattung. Die PSI war Teil einer erfolgreichen Aktion, die die FfD-Ministerkonferenz zwang, den UN-Ausschuss für Steuerfragen aufzuwerten.

PRIVATISIERUNG BEKÄMPFEN

Privatisierungen, befeuert durch die neoliberale Ideologie, Sparmaßnahmen und katastrophale strukturelle Reformpakete, sind im globalen Norden und Süden nach wie vor ein Thema. Die PSI wird nicht müde, die Mythen dieser Politik zu demontieren, und die Erkenntnis, dass diese Politik nicht funktioniert, gewinnt an Boden, so dass sich in der Bevölkerung immer mehr Widerstand gegen eine Privatisierung der Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, der Wasserversorgung und anderer Versorgungsbetriebe regt.

Seit dem Kongress 2012 haben wir eine Reihe von Maßnahmen ergriffen. Gemeinsam mit der internationalen Forschungseinheit PSIRU (*Public Services International Research Unit*) und dem Europäischen Gewerkschaftsverband für den Öffentlichen Dienst EGÖD gaben wir den richtungweisenden PSI-Bericht *Why We Need Public Spending* in aktualisierter Version neu heraus und legten 2014 mit der Veröffentlichung des bahnbrechenden PSI-Berichts *Why Public-Private Partnerships Don't Work* nach. 2015 beriefen wir eine Tagung führender globaler GewerkschafterInnen ein, auf der es um die Bekämpfung der Privatisierung und die Planung gemeinsamer

¹¹ <http://www.world-psi.org/en/psi-supports-release-icriacts-second-declaration>

Aktionen ging. Im März 2016 lancierten wir den *Privatization Watch*, einen Newsletter, der die Privatisierungen auf der ganzen Welt unter Beobachtung stellt¹². Beim kommenden Kongress werden wir eine Informationsbibliothek und eine Kampagnenplattform lancieren.

Teil unserer Arbeit war es auch, die Weltbank, die regionalen Entwicklungsbanken und die Befürworter von Investitionsabkommen an den Pranger zu stellen, da sie die Privatisierung - entgegen aller Beweise für das Scheitern dieses Modells - weiterhin befürworten. Wir haben Recherchen zu den Gefahren von Finanzialisierung und Privatisierung in Umlauf gebracht, für die sich die Weltbank, die G20 und die OECD weiterhin stark machen, um zu verhindern, dass die Prioritäten des Finanzsektors den Bereich der öffentlichen Dienste noch tiefer durchdringen. Die PSI hat mit lokalen Gewerkschaften zusammengearbeitet, um Beschäftigte, Verbraucher und Aktivisten gegen die beispielsweise von der Weltbank vorangetriebene Privatisierung der nationalen Energieversorgung in Ghana zu mobilisieren.

Die PSI hat in diesem Bereich große Anstrengungen unternommen, um zu einem schärferen Bewusstsein beizutragen; wir haben Videos über den Kampf gegen die Privatisierung in Griechenland produziert wie auch über die Re-Kommunalisierung der Wasserversorgung in Paris und Madrid – als positive Beispiele. Die PSI trägt zur globalen Forschung und Befürwortung der Re-Kommunalisierung bei, die im Wassersektor begonnen hat und mittlerweile auch auf andere öffentliche Dienste ausgeweitet wird; damit soll den politischen Entscheidungsträgern, Gewerkschaften und Aktivisten bewiesen werden, dass die Aufhebung von Privatisierungen nicht nur wünschenswert sondern auch machbar ist¹³.

Wir haben die Kampagne der Bildungsinternationale gegen den privaten Bildungskonzern *Bridge Academies* und andere Multinationale unterstützt, die sich als die Allheilmittel für Entwicklungsfragen verkaufen wollen. Die PSI hat ferner die Unterstützung der Kampagne für das Menschenrecht auf Wasser durch globale Führungskräfte begrüßt.

Der Kongress 2012 nannte im Rahmen der PSI-Arbeit zur Bekämpfung der Privatisierung auch die schädlichen Auswirkungen der Handelspolitik auf die Arbeitnehmerrechte, die öffentlichen Dienste und die Demokratie. Seither haben wir weitreichende Maßnahmen ergriffen und eine Reihe von Erfolgen erzielt. Wir nahmen Einfluss auf die Politik globaler Gewerkschaftsverbände, nationaler Dachverbände und des Internationalen Gewerkschaftsbunds (IGB) und vertraten die globale Gewerkschaftsbewegung in Partnerschaft mit globalen zivilgesellschaftlichen Netzwerken wie *Our World is Not For Sale* (OWINFS), um die globalen Kampagnen gegen den Handel mit Dienstleistungen bei der WTO und im Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA) zu koordinieren. Die Anerkennung unserer Arbeit ermöglichte uns, eine wichtige Partnerschaft mit der deutschen sozialdemokratischen Friedrich Ebert Stiftung (FES) aufzubauen, die wesentlich zu unserer Arbeitskapazität in Lateinamerika, Asien und Afrika beigetragen hat.

2014 organisierten wir den ersten globalen TiSA-Gipfel und lösten damit über in 15 Ländern Kampagnen aus, wobei die Initiativen in Uruguay und Paraguay die Regie-

¹² <http://www.world-psi.org/en/privatization-watch-newsletter-all-issues>

¹³ <http://www.world-psi.org/en/reclaiming-public-services-how-cities-and-citizens-are-turning-back-privatization>

rungen zwingen, aus den TiSA-Verhandlungen auszusteigen. Wir veranstalteten Dutzende Kampagnen und organisierten Schulungsworkshops, um den Kapazitätsaufbau unter den Mitgliedsorganisationen zu unterstützen, waren in den globalen Medienberichten vertreten, trugen zur Bewusstseinsbildung von BürgerInnen und GewerkschafterInnen bei und schufen Bündnisse gemeinsamer Interessen, um Druck auf die Regierungen und die Unterhändler auszuüben.

Die Ergebnisse der PSI-Forschungsarbeit unterstützte unsere Mitgliedsorganisationen; technischen Details wurden auf eine Weise erklärt, die sie und ihre Mitglieder in die Lage versetzte, die Gefahren zu verstehen und aktiv zu werden. Wir waren weltweit die Ersten, die ein Papier darüber veröffentlichten, wie TiSA die Demokratie und die Regulierungsbefugnis der Länder untergräbt, und wir analysierten als Erste einen zugespitzten Text über die Auswirkungen von TiSA auf den Datenschutz.

Im Kontext unserer Arbeit, den Mythos zu widerlegen, wonach hochwertige öffentliche Dienstleistungen nicht finanzierbar sind, widmeten wir uns der Steuergerechtigkeit und gelten in diesem Bereich heute als führende globale Kraft. Gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen und unseren Partnern wie dem Globalen Bündnis für Steuergerechtigkeit (*Global Alliance for Tax Justice - GATJ*) und dem Netzwerk für Steuergerechtigkeit (*Tax Justice Network - TJN*) ist es uns gelungen, den Diskurs auf globaler und nationaler Ebene in eine andere Richtung zu lenken.

2015 organisierten wir mit Unterstützung der FES den *Global Labour Tax Summit* (Weltgipfel der Gewerkschaftsbewegung zum Thema Steuern), bei dem es um Bewusstseinsarbeit, den Aufbau von Bündnissen, die Entwicklung klarer politischer Positionen und die Erarbeitung eines Aktionsplans ging. Seither wurden in Afrika, Lateinamerika und in Asien-Pazifik nationale Steuerkampagnen lanciert. Neben Dutzenden von Schulungsworkshops produzierten wir mehrere Videos, in denen die wichtigsten Punkte erklärt werden und die nicht zuletzt wegen der vielfältigen Steuerskandale hunderttausende Gesamtansichten erzielten.

Eine Priorität bei der Entlarvung von Steuerhinterziehungen lag auf der Zusammenarbeit mit befreundeten Gewerkschaften im Privatsektor. Unsere Arbeit mit unserem Mitgliedsverband *Service Employees International Union (SEIU)* in den USA, mit der Internationalen Union der Lebensmittelarbeiter (IUL) und dem EGÖD, deren Schwerpunkt auf den Steuerpraktiken von McDonald's lag, hatte die Veröffentlichung von Berichten wie *Golden Dodges* und die Aufdeckung der aggressiven Steuerhinterziehungsstrategie McDonald's in Höhe von 1,8 Mrd. Dollar zur Folge, wodurch sich die Europäische Union veranlasst sah, eine Untersuchung gegen McDonald's und seine Steuerangelegenheiten einzuleiten. Ferner arbeiteten wir mit dem Internationalen Transportarbeiterverband (ITF) zusammen, um die Steuerpraktiken Chevrons, eines der weltweit größten Ölproduzenten aufzudecken, mit dem Erfolg, dass Chevron 10 Mrd. Dollar an Steuern nachzahlen musste.

Wir setzten unsere Arbeit im Kampf gegen die Korruption fort und forderten unter Einbindung der IAO eine internationale Arbeitsnorm zum Schutz der Beschäftigten öffentlicher Aufsichtsbehörden¹⁴. Die Rolle der Medien, die Fälle von namhaften Whistleblowern und die in den *Panama Papers* aufgedeckten globalen Korruptionsskandale eröffneten ebenfalls Gelegenheiten, unsere Position in den Bereichen Steuer-

¹⁴ <http://www.world-psi.org/en/checkmate-corruption-making-case-wide-ranging-initiative-whistleblower-protection>

hinterziehung und Korruption noch bekannter zu machen. Ein PSI-Video mit dem Titel *The Panama Papers: The Public Service Perspective* wurde im Internet über 100.000 Mal angesehen und umfassend geteilt.

Die PSI war Teil einer globalen Kampagne gegen die Investor-Staat-Streitbeilegung (*Investor State Dispute Settlement - ISDS*), die den multinationalen Konzernen das Recht einräumt, Regierungen bei entgangenen Gewinnen auf Schadenersatz zu klagen. Die Kampagne zwang die Europäische Kommission (EC), zurück zu rudern, nachdem sich über 150.000 Menschen schriftlich bei ihr beschwert hatten. Das neue Modell der Europäischen Kommission, das *Investment Court System* (ICS), das die Einrichtung eines internationalen Investitionsgerichtshofs vorsieht, beseitigte einige der schlimmsten Aspekte des ISDS, wird aber unserer grundlegenden Kritik nicht gerecht. Die PSI veröffentlichte die erste umfassende Gewerkschaftsanalyse des ICS, um sicherzustellen, dass sich die Gewerkschaften von diesem Täuschungsmanöver der Kommission nicht hinters Licht führen lassen¹⁵.

Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung liefert zwar ein starkes alternatives Narrativ zur neoliberalen Politik mit ihrem Wettlauf nach unten und zu den ausbeuterischen Handelsabkommen, die die Interessen der Multis über jene der Öffentlichkeit stellen, was jedoch den Unterstützungsrahmen der SDGs und seine Umsetzung anlangt, ist die PSI nach wie vor sehr kritisch. Im Zuge der Verhandlungen um die SDGs und die Finanzierung für Entwicklung (3. Konferenz - FfD3) hat die PSI beharrlich dafür gekämpft, eine Verhinderung bzw. Einschränkungen zu erreichen, damit die Agenda nicht zu einem Privatisierungsvehikel wird. In den letzten beiden Jahren war die PSI Mitherausgeberin des *Spotlight Report*, der die Agenda 2030 unter die Lupe nimmt¹⁶.

DEMOKRATIE UND GEWERKSCHAFTSRECHTE VERTEIDIGEN

Im Zeitraum 2012-2017 gehörte der Schutz der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte zu den Haupttätigkeiten der PSI. Wir haben Verletzungen der Menschen- und Gewerkschaftsrechte im öffentlichen Dienst verurteilt und bei schwerwiegenden Verstößen mit den Mitgliedsorganisationen und anderen nationalen und internationalen Gewerkschaftsorganisationen zusammengearbeitet.

Die PSI verfolgte im Rahmen der IAO einen aktiven Ansatz, um sicherzustellen, dass die Interessen der Beschäftigten im öffentlichen Sektor wirkungsvoll vertreten sind und mitbedacht werden. Im Berichtszeitraum brachten wir uns aktiv in den diversen Ausschüssen der Internationalen Arbeitskonferenz (ILC) ein, insbesondere im Ausschuss für die Durchführung der Normen, in dem die PSI in über 40 Fällen intervenierte; das betraf u.a. Ägypten, Algerien, Botswana, Ecuador, Fidschi, Griechenland, Guatemala, Indonesien, Italien, Kamerun, Kroatien, Malaysia, Mexiko, die Philippinen, Spanien, Südkorea, Swasiland, Türkei, Venezuela und VK.

Die PSI hat den Sachverständigenausschüssen ihre Beobachtungen mitgeteilt und dem Ausschuss für Vereinigungsfreiheit Beschwerden über Verstöße gegen die Gewerkschaftsrechte ihrer Mitgliedsorganisationen vorgelegt; diese betrafen die Dominikanische Republik, Ecuador, Kanada, Liberia, Mozambique und die Türkei. Außerdem nahm die PSI an den verschiedenen dreigliedrigen Fachtagungen der IAO teil und war in Bereichen wie Gesundheit, Migration, Gleichberechtigung, Notfalldiensten, Bildung

¹⁵ <http://www.world-psi.org/en/investment-court-system-ics-wolf-sheeps-clothing>

¹⁶ <http://www.world-psi.org/en/spotlight-report-reclaiming-policies-public>

und öffentliche Dienste Wortführerin der Arbeitnehmergruppe. Ab 2012 lag ein wichtiger Schwerpunkt der Arbeit der PSI auf dem Schutz des Streikrechts aller ArbeitnehmerInnen. Die PSI arbeitete eng mit anderen globalen Gewerkschaften zusammen, um die Krise bei der IAO zu lösen, und bleibt hinsichtlich der anhaltenden Attacken auf die grundlegenden Rechte am Arbeitsplatz wachsam.

Zur Unterstützung ihrer Mitgliedsorganisationen organisierte die PSI und nahm selbst an zahlreichen internationalen Solidaritätsmissionen teil, die sie sowohl allein wie auch mit anderen internationalen und regionalen Gewerkschaftsverbänden unternahm. In der Türkei zum Beispiel war die PSI 2016 bei dem Prozess gegen unsere lokalen Mitgliedsgewerkschaften anwesend, um ihre Solidarität und Unterstützung für die kurdische Gemeinschaft und auch für andere öffentlich Bedienstete zu bekunden, die von staatlicher Repression bedroht sind. Im Rahmen einer kürzlich durchgeführten Mission nach Ecuador trug die PSI-Generalsekretärin dazu bei, den Dialog zwischen der neu gewählten Regierung und den Gewerkschaften herzustellen; dabei ging es um die Revision einer Gesetzgebung, die Einschränkungen der Kollektivverhandlungsrechte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst vorsah. 2016 organisierte die PSI gemeinsam mit der ITF eine internationale Mission nach Südkorea, wo Dutzende GewerkschafterInnen – darunter der Präsident der KCTU und der Vizepräsident der KPTU – zu Gefängnisstrafen verurteilt worden waren, nachdem sie anlässlich der Massenproteste gegen die Arbeitspolitik der Regierung und der Auferlegung eines diskriminierenden leistungsbezogenen Bezahls- und Kündigungssystems im öffentlichen Sektor die Arbeitnehmer- und Bürgerrechte verteidigt hatten. Später spielten die Gewerkschaften eine Schlüsselrolle bei der Amtsenthebung von Präsidentin Park. In Japan besuchte die PSI die Angehörigen der Feuerwehr, um sie in ihrem Kampf um gewerkschaftliche Organisation und Kollektivverhandlungsrechte zu unterstützen, und produzierte dazu einen kurzen Dokumentarfilm. Die intensive Zusammenarbeit mit den Mitgliedsorganisationen in Kolumbien führte dazu, dass nach Jahren der gewalttätigen Unterdrückung und Verfolgung von Gewerkschaftern der erste Kollektivvertrag für öffentlich Bedienstete unterzeichnet werden soll.

Die PSI traf mit Staatschefs, Ministern, parlamentarischen Vertretern, diplomatischen Mitarbeitern und anderen hochrangigen Beamten zusammen, um für die Achtung der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte einzutreten und diese einzufordern. In Guatemala beispielsweise traf die PSI zu drei verschiedenen Gelegenheiten den Präsidenten und Vizepräsidenten, Mitglieder des Parlaments, Angehörige der Strafverfolgungsbehörden und den Arbeitsminister, um darauf zu drängen, dass sich die Lage der Menschen- und Arbeitnehmerrechte in dem Land verbessert. Allein während der ILC 2017 organisierte die PSI Treffen mit dem Unterstaatssekretär für Arbeit von Algerien, dem Arbeitsminister und Minister für öffentliche Dienste von Botswana, dem Sekretär des Arbeitsministers von Ecuador, dem stellvertretenden Arbeitsminister von Liberia und dem Unterstaatssekretär für Arbeit der Türkei.

Außerdem organisierte und unternahm die PSI viele Solidaritätskampagnen und mobilisierte die Mitgliedsorganisationen und Verbündeten zur Unterstützung inhaftierter, unterdrückter, strafverfolgter und schikasierter GewerkschafterInnen und AktivistInnen. So mobilisierte die PSI die Mitgliedsorganisationen zu Protestaktionen im Namen der im Gesundheitswesen von Liberia beschäftigten ArbeitnehmerInnen, die 2015 im Kampf gegen Ebola an vorderster Front gestanden hatten und fristlos entlassen wurden, als sie sich um die Gewährleistung angemessener Schutzmaßnahmen und Arbeitsbedingungen in einem Land bemühten, in dem es den Beschäftigten des öffentlichen Sektors gesetzlich verboten ist, Gewerkschaften zu gründen. Diesem Druck ist

es zu verdanken, dass die Regierung die Gründung der *National Health Workers' Union of Liberia* (NAHWUL) genehmigte, der ersten Gewerkschaft des öffentlichen Sektors, die sich dem nationalen Gewerkschaftsbund anschloss.

In anderen Fällen versandte die PSI hunderte Protest- und Unterstützungsschreiben an Regierungen und regionale und internationale Organisationen u.a. in Ägypten, Algerien, Burma, Botswana, Chile, Ecuador, El Salvador, Fidschi, Finnland, Griechenland, Guinea, Guatemala, Honduras, Indien, Israel, Jordanien, Kenia, Kolumbien, Kuba, Libanon, Marokko, Pakistan, Palästina, Paraguay, Peru, die Philippinen, Portugal, Serbien, Südkorea, Swasiland, Togo, Tunesien, Türkei, Ukraine und USA sowie an die IAO, die EU-Kommission, die WHO und die Vereinten Nationen.

Mit Unterstützung bedeutender Mitgliedsorganisationen gelang es der PSI, Gewerkschaften in anderen Ländern mit Schulungen und Kooperationsprogrammen zu helfen. Einen Riesenerfolg konnten die PSI und ihre Mitgliedsorganisationen zum Beispiel in den Philippinen mit der Kampagne für die Ratifizierung des IAO-Übereinkommens Nr. 151 erzielen, die große Unterstützung durch diverse Regierungsbehörden und die Zivilgesellschaft erhielt und 2017 zur Ratifizierung des Übereinkommens führte. Für die Arbeitsbeziehungen und eine Reform des öffentlichen Sektors in diesem Land und in der Region Asien-Pazifik könnte das einen wesentlichen Fortschritt darstellen. Für die PSI ist dieser Fall ein bedeutender Sieg und ein gutes Aktionsmodell.

Die PSI hat die Globalen Rahmenvereinbarungen mit drei multinationalen Unternehmen des öffentlichen Sektors – ENGIE, EDF und ENEL – neu verhandelt, um für eine bessere Einhaltung und Überwachung der Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechte zu sorgen, wobei Anliegen integriert wurden, die sich auf die wichtigsten Arbeitsbereiche der PSI wie Steuergerechtigkeit, Schutz von Whistleblowern und den gerechten Übergang beziehen.

UMGANG MIT DER GLOBALEN KRISE

Die kritische Lage in der Region Naher Osten und Nordafrika, die in manchen Ländern mit dem Arabischen Frühling und in anderen mit Unruhen und kriegerischen Auseinandersetzungen ihren Anfang nahm und neben anderen Folgen die Flüchtlingskrise auslöste, veranlasste die PSI zu einer klaren Botschaft gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und für Inklusivität und öffentliche Dienste für alle. Wir setzten uns für faire Handelsbeziehungen ein, für die Notwendigkeit der Vertretung von Frauen und jungen ArbeitnehmerInnen sowie für prinzipientreue Positionen zu Migration und Flüchtlingen in den relevanten internationalen Abkommen. Die Konflikte in vielen anderen Regionen der Welt verleihen der Forderung der PSI nach dem Recht auf Frieden noch mehr Dringlichkeit.

Die Suche nach Arbeit wird die internationale Migration weiterhin antreiben. 2017 lag die Zahl der internationalen MigrantInnen bei 250 Millionen Menschen; das entspricht einem Anstieg von 18 Millionen in den letzten drei Jahren. Von dieser globalen Gesamtzahl sind laut Schätzungen der IAO 150 Millionen WanderarbeiterInnen. In den letzten fünf Jahren haben sich die Migrationsmuster von der Arbeitsmigration hin zu Zwangsvertreibung verlagert: Einzelpersonen und Familien haben zunehmend keine andere Wahl, als ihre Heimatländer zu verlassen.

Die PSI hat die Regierungen kontinuierlich aufgefordert, den diplomatischen Weg zu gehen und sich um politische Entscheidungen zu bemühen, die Frieden und Gerechtigkeit für internationale MigrantInnen gewährleisten. Zugleich fuhr die PSI fort, die

Schande bilateraler Abkommen an den Pranger zu stellen – so auch das EU/Türkei-Abkommen, bei dem die EU in empörender Weise dafür bezahlt, dass MigrantInnen und Flüchtlinge in türkischen Internierungslagern festgehalten werden.

Die Pandemien Ebola und Zika, deren Ursache die jahrzehntelange Unterfinanzierung der öffentlichen Gesundheitssysteme ist, warfen ein Licht auf die missliche Lage der Beschäftigten im Gesundheitswesen und auf die Notwendigkeit der öffentlichen Finanzierung der Gesundheitssysteme weltweit. Ein von der PSI produzierter Kurzfilm, der die harte Realität der Beschäftigten im Gesundheitswesen von Liberia aufdeckte, wurde auf dem Website des *Guardian* gezeigt¹⁷.

Notfälle wie in den Philippinen, Nepal, Haiti, Hurricane Sandy, Ecuador und viele andere natürliche oder menschengemachte Katastrophen haben die Gemeinden und die Art und Weise, wie sie sich auf solche Situationen vorbereiten, damit umgehen und sie überwinden, ins Rampenlicht gerückt. Die PSI kämpfte darum, dass das Rettungspersonal des öffentlichen Sektors, Helden und Heldinnen, die unmittelbar nach einer Katastrophe ihr Leben riskieren, um Menschen zu retten, anerkannt wird. Dieser heldenmütigen Arbeitnehmerkategorie, die bei den Regierungen und Behörden bald nach ihrem Einsatz wieder in Vergessenheit gerät, werden jedoch oft grundlegende Arbeitnehmerrechte vorenthalten.

Die PSI setzt sich seit vielen Jahren im Bereich des Klimawandels ein und nimmt an den jährlichen Verhandlungen über Klimaveränderungen der UN-Vertragsstaaten (COP) teil (zuletzt an der COP21 2015 in Paris) und koordiniert Sitzungen mit Gewerkschaften und Verbündeten der Zivilgesellschaft zu Klima und Energie, Klima und Gesundheit und Klima und Migration. Vor der COP21 erhielten wir große Medienaufmerksamkeit, da wir zusammen mit Greenpeace eine von den TiSA-Leaks ausgehende Analyse herausgaben und darauf hinwiesen, dass das Energiekapitel im Handelsabkommen die nationalen Regierungen effektiv an einer Umsetzung der politischen Maßnahmen hindern würde, die in Paris verhandelt werden sollten.

Die PSI-Analyse für den Übergang von fossiler zu erneuerbarer Energie zeigt einige der Gefahren des gegenwärtigen neoliberalen Modells auf und hebt die Rolle hervor, die öffentliche Investitionen und eine öffentliche Verwaltung spielen sollten. Die Klimaanpassung erfordert, dass den Beschäftigten des öffentlichen Diensts etwa im Bereich der Städteplanung und insbesondere der durch den Gesundheitssektor bereitgestellten Notfalldienste eine größere Rolle eingeräumt wird, insbesondere durch lokale und regionale Regierungen.

GLEICHSTELLUNG UND VIELFALT

Die Gleichstellung der Geschlechter gehört seit Jahrzehnten zu den wichtigsten Forderungen der PSI. Wir sehen zwar, dass die Anzahl der Frauen in Führungspositionen wächst, doch bis zur völligen Gleichstellung in den Gewerkschaften wie auch in der Gesellschaft allgemein liegt noch ein weiter Weg vor uns. Die PSI hat ihre Arbeit mit Menschen mit Behinderung und LGBTQI-Menschen (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Intersex) und mit jungen ArbeitnehmerInnen vertieft.

Gemeinsam mit den Mitgliedsorganisationen und angeführt von ihrem Frauenausschuss hat die PSI eine Fülle von neuen politischen Aktivitäten entwickelt und gleichzeitig die Arbeit für eine echte Transformation der Arbeitswelt und der zwischen den

¹⁷ <http://www.world-psi.org/en/ebola-safe-workers-save-lives>

Geschlechtern herrschenden Beziehungen durch gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit und für die Anerkennung der Arbeit von Frauen¹⁸ fortgesetzt. Gender Mainstreaming wurde in alle Bereiche der PSI-Arbeit eingebettet.

Im Januar 2016 legte die PSI dem UN-Sonderberichterstatter für das Menschenrecht auf Wasser und sanitäre Einrichtungen Fallstudien aus Indien, Kenia, Argentinien und Ecuador vor¹⁹. Die PSI entwickelte Leitlinien zu Gewalt bei der Arbeit und zum Umgang mit häuslicher Gewalt und betrieb gleichzeitig in Zusammenarbeit mit den globalen Gewerkschaften Lobbying bei der IAO und den in ihr vertretenen Gruppen, um auf eine neue internationale Arbeitsnorm zu Gewalt gegen Frauen und Männer in der Arbeitswelt zu drängen, die der IAO-Verwaltungsrat für die Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz 2018 vorgesehen hat²⁰. Die von den Mitgliedsorganisationen unterstützte PSI-Forschung konzentrierte sich auf den Gesundheitssektor in Argentinien, der Demokratischen Republik Kongo und in den Philippinen.

Die PSI nimmt jedes Jahr an der UN-Kommission für die Stellung der Frauen (UNCSW) teil, und seit 2012 konnten wir das Niveau unserer Mitsprache wie auch unsere Wirkung und Sichtbarkeit auf diesem globalen Frauengipfel kontinuierlich erhöhen²¹. Dank der das ganze Jahr über stattfindenden Zusammenarbeit mit anderen globalen Gewerkschaftsverbänden und den UN-Frauen werden die Rolle der Gewerkschaften und die Bedeutung einer ökonomischen Ermächtigung der Frauen als Antriebsmoment für die Gleichstellung der Geschlechter von den Vereinten Nationen inzwischen anerkannt.

Die PSI arbeitet seit geraumer Zeit daran, die Diskussion über die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der nationalen Steuerpolitik und der internationalen Steuerregelungen voranzubringen. Das Gewerkschaftsforum der PSI zu Frauen und Steuern im Jahr 2016 führte 2017 zu einem gemeinsamen Globalen Forum zum Thema Steuergerechtigkeit für Frauenrechte, das mit der FES, mit TJN und GATJ als Teil einer gemeinsamen Kampagne mit der internationalen Bewegung für Steuergerechtigkeit mit Schwerpunkt auf #TaxJustice and women's rights organisiert wurde²².

In den vergangenen fünf Jahren hat die PSI ihr Netzwerk junger ArbeitnehmerInnen auf regionaler Ebene ausgeweitet. Fortbildung ist nach wie vor das wichtigste Mittel, um junge ArbeitnehmerInnen in die Gewerkschaftsbewegung einzubinden. Die Gründung der *Young Workers' Academy*, die von den schwedischen Mitgliedsorganisationen der PSI unterstützt wird, leistet einen zusätzlichen Beitrag, um die Rolle junger ArbeitnehmerInnen in der PSI zu stärken, und die PSI dabei zu unterstützen, die politische Vertretung der jungen ArbeitnehmerInnen – wie für die nächste Kongressperiode vorgeschlagen – in allen satzungsgemäßen PSI-Organen auf globaler und regionaler Ebene sicherzustellen. Die PSI hat außerdem wesentlich zu einer globalen Kampagne für bezahlte Praktika für junge Leute beigetragen²³.

¹⁸ <http://www.world-psi.org/en/8th-march-transforming-world-work-equal-pay>

¹⁹ <http://www.world-psi.org/en/psi-report-gender-equality-and-water>

²⁰ <http://www.world-psi.org/en/ilo-towards-standard-against-violence-and-harassment-world-work>
<http://www.world-psi.org/en/tackling-gender-based-violence-world-work-experiences-health-sector>

²¹ <http://www.world-psi.org/uncsw/>

²² <http://www.world-psi.org/en/psi-womens-rights-and-tax-justice-convening-bogota>

<http://www.world-psi.org/en/no-gender-justice-without-tax-justice>

²³ <http://www.world-psi.org/en/new-psi-briefing-outlines-growing-global-campaign-against-unpaid-internships>

Die PSI fuhr mit dem Aufbau ihrer Arbeit zu LGBTQI-Anliegen²⁴ fort und tat dies in Zusammenarbeit mit ihren Mitgliedsorganisationen und im Bündnis mit der Bildungsinternationale, den globalen Organisationen der Zivilgesellschaft, der IAO und anderen. Zu den Ergebnissen unserer Arbeit gehört, dass der Rat der Globalen Gewerkschaften eine Arbeitsgruppe zu LGBTQI-Anliegen schaffen wird und die LGBTQI-Gewerkschaftspolitik nun weitreichender gefördert und akzeptiert wird.

Es gibt weltweit viele Fälle von behinderten Beschäftigten im Staatsdienst, die diskriminiert werden. Die PSI hat durch ihre Zusammenarbeit mit der IAO zu den Rechten von Menschen, die mit Behinderungen leben, neues Terrain erschlossen²⁵. U.a. durch unsere Arbeit in der Arbeitnehmergruppe der dreigliedrigen IAO-Tagung über eine Verbesserung der Beschäftigung und Arbeitsbedingungen in der Gesundheitsversorgung, wo es uns gelang, fortschrittliche Schlussfolgerungen durchzusetzen.

PSI STÄRKER MACHEN

Die PSI wird unverändert ihrem Ruf für weltweit glaubwürdige Forschungsarbeiten gerecht, mit denen wir unsere Mitgliedsorganisationen unterstützen, damit sie sich gegen die von der Globalisierung ausgehenden Gefahren und Herausforderungen für die Beschäftigten und die öffentlichen Dienste wappnen können. Die Zahl unserer Publikationen ist gestiegen, darüber hinaus haben wir das Design und die visuelle Identität verbessert, so dass die PSI-Publikationen nun besser erkennbar sind. Wir haben den Themenkreis, zu dem wir publizieren, um Bereiche wie unsere Sektorarbeit, Privatisierung, Handel, Steuern, Entwicklung, Migration und Gleichstellungen erweitert. Wir arbeiten weiterhin mit der Universität von Greenwich und der *Public Services International Research Unit* (PSIRU) zusammen und haben unser Netzwerk auch auf andere AkademikerInnen und ForscherInnen ausgeweitet. Die nächste Kongressperiode wird Gelegenheit bieten, diese Netzwerke noch weiter auszubauen.

Seit dem letzten Kongress sind wir verstärkt unserer Verpflichtung nachgekommen, die interne Demokratie und Rechenschaftspflicht durch unsere internen Steuerungsmechanismen zu verbessern. Wir sorgten dafür, dass die Mitglieder unseres Vorstands und Lenkungsausschusses für die wichtigsten strategischen Entscheidungen angemessen gebrieft sind, und dass sie die dafür erforderlichen Informationen rechtzeitig im Voraus erhalten. Nach den Tagungen senden wir sofort Ergebnisberichte aus und informieren unsere Mitgliedsorganisationen über die wichtigsten Beschlüsse; ferner sind die Unterlagen des Vorstands und Lenkungsausschusses für die Mitglieder auf der PSI-Webseite jederzeit abrufbar.

Die Mitgliedsverbände und unsere MitarbeiterInnen sind die wichtigste Ressource der PSI. Im Zuge des Kongressmandats verstärkten wir die Kapazität unseres Personals durch standardisierte Arbeitsplatzbeschreibungen, um sie einfacher und fairer zu gestalten, wir führten einen globalen Rahmen für Mindestbedingungen für alle MitarbeiterInnen ein, stellten der Belegschaft klarere Leitlinien bezüglich der wichtigsten, von uns benötigten Qualifikationen zur Verfügung und nahmen die Neustrukturierung der Gehälter in Angriff.

Wir haben viele Posten neu besetzt, darunter zwei RegionalsekretärInnen, mehrere Sektorbeauftragte, sowie MitarbeiterInnen für die Kampagnentätigkeit und die regio-

²⁴ <http://www.world-psi.org/en/issue/lgbt>

²⁵ <http://www.world-psi.org/en/role-public-service-trade-unions-achieving-decent-work-persons-disabilities>

nale, subregionale und administrative Arbeit. Wir investierten in unsere Kommunikationsabteilung, stellten Personal mit Qualifikationen in einer Vielfalt von Medien ein und MitarbeiterInnen für die Kommunikationsarbeit in den Regionen, um unsere Botschaft zu verbreiten. Dennoch bleibt in diesem Bereich noch sehr viel zu tun, und die jüngste Bestellung einer erfahrenen HR-Spezialistin wird zweifellos dazu beitragen, hier weitere Fortschritte zu erzielen.

Die gewerkschaftlichen Entwicklungsprojekte bilden ein wesentliches Element im Rahmen der PSI-Arbeit zur Stärkung der Mitgliedsorganisationen. Diese Projekte sind darüber hinaus repräsentativ für die Verpflichtung zur internationalen Solidarität im Namen aller PSI-Mitglieder. Durch die partnerschaftliche Arbeit mit den Mitgliedsorganisationen, den solidarischen Unterstützungsorganisationen und anderen globalen Gewerkschaftsverbänden kann die PSI die Projekte nutzen, um die Reichweite und Wirkung ihrer Aktivitäten und Kampagnen auf die globale, regionale und nationale Ebene auszuweiten. Innerhalb der organisatorischen Struktur wurde den PSI-Projekten mehr Priorität eingeräumt, und es wurde ein engagiertes Team aufgestellt und mit der Durchführung der Projektarbeit beauftragt; dadurch konnte die PSI den Trend zum Rückgang der Projektmittel, zu dem es im Zeitraum 2008-2014 gekommen war, umkehren. 2014 verabschiedete der PSI-Vorstand eine Projektpolitik, die die Harmonisierung der Projektziele mit den strategischen Prioritäten und Sektoren der PSI verstärkt. Die PSI diversifizierte die Bandbreite der Partnerorganisationen, und verringerte dadurch die übermäßige Abhängigkeit von einzelnen Partnern.

Neue Projektinitiativen ermöglichten der PSI, hoch profilierte globale Interventionen durchzuführen, etwa zum Schutz des medizinischen Personals zum Zeitpunkt des Ebola-Ausbruchs 2014-2015; zur Unterstützung der Organisierungskampagnen der Mitgliedsorganisationen in Südostasien, Brasilien und Ostafrika; zur Durchsetzung wesentlicher Fortschritte im Rahmen der Gewerkschaftsrechte in Botswana, Kolumbien, im Tschad, in Mozambique, Pakistan und den Philippinen; zur Förderung der öffentlichen Kontrolle über die staatlichen Mittel in Indonesien und Nigeria. So soll gewährleistet werden, dass PSI-Mitgliedsorganisationen heute eine führende Rolle spielen, um die internationalen Debatten über Steuergerechtigkeit und Handel so zu beeinflussen, dass sie die lebenswichtige Bedeutung der öffentlichen Dienste anerkennen.

Die PSI möchte sich an dieser Stelle für die zahlreichen Beiträge bedanken, die die Mitgliedsorganisationen für Solidaritätsaktionen zur Unterstützung von PSI-Mitgliedsorganisationen nach Katastrophen und Notfällen bereitgestellt haben.

Unser besonderer Dank gilt den folgenden angeschlossenen Gewerkschaften, deren direkte Beiträge unsere Projektarbeit im Zeitraum 2013-2017 ermöglicht haben: Akademikerförbundet SSR (Schweden), FNV (Niederlande), IMPACT (Irland), JICHIRO (Japan), Kehitysvammaliitto (Finnland), Kommunal (Schweden), KNS (Nordische Länder), JHL (Finnland), Pardia (Finnland), Seko (Schweden), SEIU (USA), ST (Schweden), TEHY (Finnland), UNISON (VK), Vision (Schweden), Vårdförbundet (Schweden) und Ver.di (Deutschland).

Zu großem Dank sind wir den folgenden solidarischen Organisationen verpflichtet, die uns unterstützt und PSI-Projekte finanziert haben: FES (Deutschland), FNV Mondiaal (Niederlande), LO-FTF (Dänemark), SASK (Finnland), Union To Union (Schweden) und DGB Bildungswerk Bund (Deutschland).

**DETAILLIERTE INFORMATIONEN ÜBER DIE TÄTIGKEITEN DER PSI IM ZEIT-
RAUM 2012-2016 (EN-FR-ES) :**

<http://www.world-psi.org/en/annual-report-2012>

<http://www.world-psi.org/en/annual-report-2013>

<http://www.world-psi.org/en/annual-report-2014>

<http://www.world-psi.org/en/annual-report-2015>

ENDE

Die Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI) ist eine internationale Gewerkschaftsföderation. Sie vertritt 20 Millionen Frauen und Männer, die in mehr als 150 Ländern der Welt lebenswichtige öffentliche Dienste erbringen. Die PSI setzt sich für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit ein und fördert den universellen Zugang zu hochwertigen öffentlichen Diensten. Die PSI kooperiert mit den Vereinten Nationen und deren Unterorganisationen und arbeitet in Partnerschaft mit anderen Gewerkschaftsorganisationen und Gruppen der Zivilgesellschaft.



Tätigkeitsbericht 2012-2017



Internationale der Öffentlichen Dienste
45, avenue Voltaire
01210 Ferney-Voltaire – Frankreich
www.world-psi.org